

Breite Mehrheit ist für Ostspange

Fr 27.11.2015

BESCHLUSS Die Abgeordneten von CSU, SPD und Freien Wählern sprechen sich für einen Verbleib der Forchheimer Südumgehung im Bundesverkehrswegeplan aus.

VON UNSEREN REDAKTIONSMITGLIEDERN
THOMAS LANGE UND JOSEF HOFBAUER

Forchheim/München - Es bleibt bei den Ausbauplänen für die B 470 durch das Wiesenttal bei Gosberg. Eine Petition auch im Namen des Bund Naturschutz, für die Biwo-Chef Heinrich Kattenbeck fast 5000 Unterschriften eingereicht hatte mit dem Ziel, die Maßnahme aus dem Bundesverkehrswegeplan herauszunehmen, wurde im Verkehrsausschuss des Landtags mit dem Votum „erledigt durch Erklärung der Staatsregierung“ beschlossen. Dies heißt: Ablehnung. Gegen die Petition stimmten CSU, SPD und Freie Wähler. Berücksichtigen wollten sie nur die Grünen.

In der Aussprache verwies der Pinzberger Abgeordnete Thorsten Glauber (Freie Wähler) dar-

auf, dass die Südumgehung im Zuge der B 470 seit den 1970er-Jahren im Bundesverkehrswegeplan steht. Später wurde die Maßnahme geteilt, so dass bisher nur die Westspange gebaut wurde. Nun müsse auch die Ostspange als „wichtiges Infrastrukturprojekt für die Fränkische Schweiz“ dringend folgen.

B470 total überlastet

Weil die alte Bundesstraße völlig überlastet ist, weichen Fahrzeuge auf eine Kreisstraße aus, was vor allem im Pinzberger Ortsteil Gosberg für massive Probleme sorgt. Dies könne nicht länger hingenommen werden, sagte Glauber, der auch stellvertretender Bürgermeister von Pinzberg ist. Umweltbedenken wies er zurück: „Es gibt wenige Projekte, die naturschutzfachlich so inten-

siv untersucht wurden wie diese Umgehung.“

„Da wurde jeder Quadratzen-timeter unter die Lupe genommen“, argumentierte Glauber. Sicher habe eine Umgehung Auswirkungen auf die Natur. „Aber die 20 000 Fahrzeuge, die sich täglich durch Reuth quälen und die 15 000 Autofahrer, die auf Gosberg ausweichen, haben auch Auswirkungen auf die Menschen. Das darf man nicht vergessen“, betonte Glauber.

Entlastung muss her

Der Abgeordnete Michael Hofmann (CSU) aus Neuses betonte ebenfalls die Dringlichkeit des Projekts: „Anders ist eine Entlastung für die in ihrer Lebensqualität massiv beeinträchtigten Bürger nicht zu haben.“ Dies gelte vor allem für die völlig überlaste-

te Ortsdurchfahrt von Gosberg. Der Bundesverkehrswegeplan sei die einzige Chance, eine wirkungsvolle Entlastung der Bürger im Forchheimer Osten und von Gosberg erreichen zu können. Würde die Trasse aus dem Bundesverkehrsplan herausgenommen würde dies die Zementierung des Status Quo auf Jahrzehnte hinaus bedeuten, so Hofmann.

Auch Bernhard Roos (SPD) sprach sich für das Projekt aus und nannte es „längst überfällig“. Es sei „ein Gewinn für die allergrößte Mehrheit“. Dem könne sich auch der Bund Naturschutz nicht verschließen. Er müsse sich „durchringen für einen Eingriff, der den Menschen einen deutlichen Gewinn an Lebensqualität bringt“. Lediglich Markus Ganserer (Grüne) nannte

die Maßnahme Teil einer völlig überzogenen „Wunschliste“ der Staatsregierung.

Biwo gibt nicht auf

Heinrich Kattenbeck, Vorsitzender der „Bürgerinitiative pro Wiesenttal ohne Ostspange“ (Biwo), zeigte sich enttäuscht über das Abstimmungsverhalten der Forchheimer Abgeordneten. „Da wurde politisch entschieden. Ich hatte gehofft, dass unsere Argumente zählen“, erklärt Kattenbeck. Er zeigt sich aber kämpferisch. „Wir werden alle Mittel ausschöpfen, um zu verhindern, dass das untere Wiesenttal zubetoniert wird.“ Nun hofft Kattenbeck, dass die Argumente der Bürgerinitiative in der gleichlautenden Petition an den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages Gehör finden.